



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

An die Vernehmlassungsadressatinnen
und -adressaten gemäss beiliegender
Liste

Bern, 2. Februar 2026

05.05.04.07.03/bli

Interkantonale Vereinbarung zur polizeilichen Informationshilfe mittels gemeinsamer Abfrageplattform «POLAP+»; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Um die innere Sicherheit in der Schweiz zu gewährleisten, ist die enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Polizeibehörden unseres Landes von grosser Bedeutung. Neben der operativen Zusammenarbeit ist für eine moderne Schweizer Polizeiarbeit auch ein effizienter Austausch polizeilicher Informationen unabdingbar. Die für eine polizeiliche Informationshilfe notwendigen Rechtsgrundlagen sind auf nationaler Ebene allerdings nur partiell vorhanden.

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat die Konferenz der Kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten (KKPKS) deshalb beauftragt, die kantonalen Gesetzesgrundlagen für den polizeilichen Informationsaustausch zwischen Bund und Kantonen sowie zwischen den Kantonen untereinander zu schaffen. Den Kantonen sollen dabei zwei Wege zur Verfügung stehen: Einerseits die eigenständige Revision des jeweiligen Polizeigesetzes mit standardisiertem Gesetzestext, andererseits der Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung zur polizeilichen Informationshilfe mittels gemeinsamer Abfrageplattform. Die beiden Varianten müssen aufeinander abgestimmt, materiell deckungsgleich sowie mit Koordinationsbestimmungen ausgestaltet sein.

In Kürze soll nach dem aktuellen Stand der Arbeiten auf Bundesebene ein Vorschlag zur neuen Verfassungsgrundlage gemeinsam mit einer Totalrevision des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI; SR 361) in die Vernehmlassung geschickt werden. Die BPI-Revision nimmt das Anliegen der Motion Eichenberger 18.3592 nach einem verbesserten polizeilichen Informationsaustausch sowie der Postulate Schläfli [Romano] 15.3325 und Guggisberg 20.3809 auf. Die Revision des BPI soll die polizeiliche Informationshilfe über eine gemeinsame Abfrageplattform *bundesrechtlich* möglich machen. Bis zu einer möglichen Regulierung durch den Bund ist eine kantonalrechtliche Lösung erforderlich, damit das Vorhaben zeitnah umgesetzt werden kann.

Folglich unterbreiten wir Ihnen mit diesem Schreiben den Entwurf zur interkantonalen Vereinbarung zur polizeilichen Informationshilfe mittels gemeinsamer Abfrageplattform. Wir bitten Sie, uns Ihre

Rückmeldung bis spätestens am 30. April 2026 per Mail im Word-Format an die Adresse info@kkjpd.ch zu übermitteln.

Es ist uns bewusst, dass mit den parallellaufenden Vernehmlassungen zur vorliegenden Vorlage sowie zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI) inklusive der vorgesehenen Verfassungsänderung zu Art. 57 BV ein erhöhter Informations- und Klärungsbedarf besteht. Deshalb wird die KKPKS in Zusammenarbeit mit fedpol und PTI während den laufenden Vernehmlassungen zwei Informationsveranstaltungen durchführen, bei welchen gezielt auf die Perspektiven der Kantone sowie der Aufsichts- und Kontrollstellen eingegangen wird. Ziel dieser Informationsveranstaltungen ist es, die Vernehmlassungsteilnehmenden über die wesentlichen Inhalte beider Vorlagen zu orientieren.

An der Veranstaltung soll insbesondere:

- das Verhältnis zwischen Konkordat und BPI-Revision,
- die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Regelungsinhalte und
- die Auswirkungen auf die künftigen Anwender (Kantone) sowie auf die Kontroll- und Aufsichtsbehörden (insbesondere kantonale Datenschutzbeauftragte) aufgezeigt werden.

Die KKPKS wird mit separatem Einladungsschreiben auf Sie zukommen.

Wir danken Ihnen für Ihre Stellungnahme und für die Aufmerksamkeit, die Sie diesem wichtigen Dossier schenken.

Freundliche Grüsse



Regierungsrätin Karin Kayser-Frutschi
Präsidentin

Beilagen

- Interkantonale Vereinbarung zur polizeilichen Informationshilfe mittels gemeinsamer Abfrageplattform
- Erläuternder Bericht
- Liste der Vernehmlassungsadressatinnen und -adressaten